

US-Regierung in Bedrängnis



Minneapolis: Mit Blumen, Kerzen und Schildern gedenken Bürger des erschossenen Alex Patti. Foto: Kerem Yücel | MPR News/Minnesota Public Radio/AP/dpa



ANNA RINGLE

Offizieller Bericht widerspricht Trump-Lager im Fall eines erschossenen Demonstranten.

WASHINGTON Der erste umfassende offizielle Bericht der Sicherheitsbehörden zu den tödlichen Schüssen von Bundesbeamten auf den US-Bürger Alex Patti in Minneapolis bringt die Regierung von Donald Trump in Bedrängnis. In dem vorläufigen Untersuchungsbericht, den die Grenzschutzbehörde CBP per E-Mail an Mitglieder des US-Parlaments schickte, ist laut Medien keine Rede davon, dass Patti nach seiner Waffe gegriffen habe. Dies war ein Kernelement der frühen Regierungsbehauptung, die Beamten hätten in Notwehr gehandelt.

Heimatschutzministerin Kristi Noem hatte schon kurz nach dem Vorfall am Samstag von legitimer Selbstverteidigung gesprochen, weil Patti mit einer Waffe herumgefuchtelt und die Beamten damit in eine bedrohliche Lage gebracht habe. Videos der Szene decken sich jedoch nicht mit dieser Darstellung, die auch in dem Untersuchungsbericht – der sich unter anderem auf die Auswertung von Körperkameras der Beamten stützt – keine Erwähnung mehr findet. Darin wird laut Medien wie der „New York Times“ zudem erklärt,

dass zunächst ein Beamter der Border Patrol und dann ein CBP-Beamter auf Petti geschossen hätten.

Differenziertere Töne

Auch Trump selbst stellte einen gemäßigteren Kurs seiner Regierung in Aussicht. „Wir werden ein wenig deeskalieren“, sagte der Präsident im Interview des Senders Fox News. Details nannte er nicht. Einen Abzug der Einsatzkräfte schloss Trump aber zunächst aus. „Ich sehe darin keinen Abzug“, sagte er mit Blick auf den Rückzug des umstrittenen Kommandeurs der Grenzschutzbehörde, Gregory Bovino, samt einiger Grenzschutzbeamten aus Minneapolis. „Es ist eher eine kleine Veränderung.“ Die Todesschüsse auf den 37-jährigen Petti hatten landesweit große Empörung ausgelöst und Trumps Regierung in Erklärungsnot gebracht, auch weil die Videoaufnahmen den offiziellen Stellungnahmen widersprachen. Wochen davor hatte ein Beamter der Einwanderungsbehörde ICE ebenfalls in Minneapolis die US-Bürgerin Renée Good in ihrem Auto erschossen. Davor hatte die US-Regierung Tausende Bundesbeamte in die Stadt und den umliegenden Bundesstaat Minnesota geschickt. „Unterm Strich war es schrecklich. Beide Vorfälle waren schrecklich“, sagte Trump zu Fox News.

Die teils verummumten Einsatzkräfte sollten bei den berüchtigten Razzien helfen, mit denen Trumps rigorose Abschiebepolitik durchgesetzt wird. Die demokratische Stadtspitze von Minneapolis und der demokratisch regierte Bundesstaat wehren sich gegen die massive Präsenz. Trump schien den Einsatz im Interview aber grundsätzlich zu verteidigen: „Wir haben Tausende unbelehrbare Kriminelle aus Minnesota entfernt“, sagte der Präsident.

Das Heimatschutzministerium veröffentlichte nach den Schüssen Fotos einer Waffe, die Petti getragen haben soll – und schilderte den Fall so, dass er sich den Beamten mit einer Waffe genähert und eine akute Bedrohung dargestellt habe. Beim Versuch, ihn zu entwaffnen, habe er Widerstand geleistet. Ein Beamter habe aus Angst um sein Leben Verteidigungsschüsse abgegeben, behauptete das Ministerium – obwohl Petti zu diesem Zeitpunkt den Videoaufnahmen nach zu urteilen bereits entwaffnet war.

Petti scheine fest entschlossen gewesen zu sein, maximalen Schaden anzurichten und Beamte zu töten, hatte Noem kurz nach dem Vorfall gesagt. Nichts dergleichen ist auf den Videos vom Tatort zu sehen. Dennoch gab Trump seiner Ministerin Rückendeckung.

Laut CBS News heißt es in dem Untersuchungsbericht, die Beamten seien bei dem Einsatz auf der Straße zunächst auf zwei Frauen mit Trillerpfeifen getroffen und hätten diese aufgefordert, aus dem Weg zu gehen. Als die Frauen weggestoßen wurden, habe Petti sich eingemischt, woraufhin er in Gewahrsam genommen werden sollte. Es sei zu

einem Gerangel gekommen, in dem dann ein Beamter mehrfach gerufen habe, dass Prett eine Waffe habe. Danach seien die Schüsse aus den Waffen der beiden Beamten abgegeben worden. Der Bericht führte laut dem Sender nicht aus, ob alle Kugeln Prett trafen. Nach den Schüssen habe ein Beamter wissen lassen, dass er im Besitz von Prettis Waffe sei. Neben den tödlichen Schüssen auf den 37-Jährigen steht auch die Aufklärung des Falles in der Kritik. Der Bundesstaat beklagte, dass Bundesbehörden den Zugang zu den Ermittlern verweigert hätten und der Vorfall von örtlichen Stellen aufgeklärt werden müsste. Da die Regierung unter Trump immer wieder Falschbehauptungen verbreitet oder die Wahrheit zumindest selektiv wiedergibt, schenken Kritiker ihren Darstellungen inzwischen keinen Glauben mehr.

Trump sagte nun, dass Prett aus seiner Sicht keine Waffe hätte tragen sollen. Zudem habe er zwei voll geladene Magazine bei sich gehabt. Zugleich sprach Trump, dessen Republikaner sich traditionell für das Recht auf freien Waffenbesitz einsetzen, von einem „bedauerlichen Vorfall“. Nach Polizeiangaben war Prett zum Tragen einer Schusswaffe berechtigt. Zum Einsatz der Beamten sagte Trump auch, keiner wisse, wann sie die Waffe Prettis gesehen hätten – eine bemerkenswerte Aussage auch mit Blick auf die frühe Festlegung von Regierungsvertretern zum Tatverlauf.